

**Interpellation Nr. 49 (Mai 2019)**

19.5211.01

betreffend Stärkung der politischen Bildung an der Sekundarschule

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 20. März 2019 sowohl die Annahme der Volksinitiative „zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)“ als auch den Gegenvorschlag seiner Bildungs- und Kulturkommission den Stimmberechtigten zur Annahme empfohlen.

Wenn die Initiative „zur Stärkung der politischen Bildung (JA zu einem Fach Politik)“ angenommen wird, müsste die Stundentafel in der Volksschule verändert werden. In der Vergangenheit passierte dies häufig mit der Streichung eines Faches im musischen Bereich.

Die Unterzeichnende bittet in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen, um (für die Stimmberechtigten) aufzuzeigen, welche Folgen mit einer Annahme der Initiative in der Volksabstimmung verbunden sind:

1. Falls die Volksinitiative zur Stärkung der politischen Bildung angenommen wird, in welchem Schuljahr der obligatorischen Schulzeit käme das Fach in die Stundentafel der Volksschule?
2. Und würde der Regierungsrat in der Folge vorschlagen, ein bisheriges Unterrichtsfach um eine Wochenlektion zu kürzen oder die Anzahl Wochenlektionen der Lernenden um eine Lektion zu erhöhen?
3. Falls der Regierungsrat die Kürzung eines Faches vorzieht, welches Fach/welche Fächer kommen für ihn in Frage?
4. Kann sich der Regierungsrat auch vorstellen, dass das neue Fach statt in einer wöchentlichen Unterrichtslektion auch in einer anderen Form (z.B. Blockunterricht) erteilt werden kann, um z.B. den direkten Kontakt mit Parlamentsmitgliedern oder den Besuch des Bundeshauses zu ermöglichen?
5. Falls der Regierungsrat die Erhöhung der Anzahl Wochenlektionen präferiert, welche finanziellen Konsequenzen wären damit verbunden?
6. Würde der Regierungsrat vorschlagen, diese Folgen im Rahmen des Schulbudgets an einem anderen Ort einzusparen oder würde er Mehrausgaben für die Schulen beantragen?
7. Falls die Stimmberechtigten der Variante der BKK den Vorzug gäben, welche gegenüber heute sichtbare Verbesserung der politischen Bildung an der Sekundarschule hätte das konkret zur Folge?
8. Welches sind nach Ansicht des Regierungsrats die pädagogischen Vor- und Nachteile der beiden zur Abstimmung stehenden Varianten?

Sasha Mazzotti